

	Verwaltungsgericht Aachen - Terminvorschau Oktober 2023 -		
	Adalbertsteinweg 92 Pressedezernent: Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Dirk Hammer Vertreter:	52070 Aachen Richterin am Verwaltungsgericht Tanja Lücke Richterin am Verwaltungsgericht Julia Backhaus Richter am Verwaltungsgericht Dirk Nobis	Tel.: 0241 / 9425-0 Tel.: 0241 / 9425-33261 Tel.: 0241 / 9425-33218 Tel.: 0241 / 9425-33257 Tel.: 0241 / 9425-33230

Die folgende Zusammenstellung enthält - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - eine Übersicht über ausgewählte öffentliche Verhandlungen des Verwaltungsgerichts Aachen, die im Monat **Oktober 2023** vorgesehen sind.

Pressevertreter werden gebeten, sich bei einem Teilnahmewunsch vorher mit der Pressestelle in Verbindung zu setzen (E-Mail: pressestelle@vg-aachen.nrw.de). Auch sonstige An- bzw. Rückfragen zu einzelnen Terminen sind bitte an pressestelle@vg-aachen.nrw.de zu richten.

Die vorhandenen Plätze werden nach dem Prioritätsprinzip vergeben.

10.10.2023

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011
 Uhrzeit: 11.00 Uhr
 Aktenzeichen: 10 K 50/23 und 10 K 377/23
 N.N. ./ Städteregion Aachen

Das Verfahren 10 K 50/23 betrifft die Anfechtung einer Auflage, mit der der Kläger verpflichtet wird, als Halter seines Kfz für die Dauer von 15 Monaten ein Fahrtenbuch zu führen. Grundlage ist ein Verkehrsverstoß, bei dem das klägerische Fahrzeug mit einer Geschwindigkeitsüberschreitung von 81 km/h auf der Autobahn fuhr. Die Versuche, den Fahrer zu ermitteln, blieben erfolglos. Im Verfahren 10 K 377/23 wendet sich der Kläger gegen einen Bescheid, mit dem Verwaltungsgebühren für die Festsetzung der Fahrtenbuchauflage gefordert werden.

13.10.2023

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.027
 Uhrzeit: 8.30 Uhr
 Aktenzeichen: 6 K 2483/22

N.N. ./ Kreis Euskirchen

Der Kläger wendet sich gegen die Festsetzung eines Zwangsgelds, das der Kreis Euskirchen wegen der nicht ordnungsgemäßen Haltung von Pferden und Kaninchen gegen ihn festgesetzt hat.

19.10.2023

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 9.00 Uhr

Aktenzeichen: 4 K 1151/21

N.N. ./ Kreis Heinsberg

In diesem Verfahren wendet sich der Kläger gegen einen Bescheid, mit dem von ihm Kosten in Höhe von rund 350 € für die Vorbereitung seiner Abschiebung gefordert werden.

24.10.2023

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 10.15 Uhr

Aktenzeichen: 2 K 312/22

N.N. ./ Landschaftsverband Rheinland

Der Kläger ist erblindet und erhält von dem Beklagten ein monatliches Blindengeld. Mit Erreichen des 60. Lebensjahres wurde das Blindengeld entsprechend der aktuellen Gesetzeslage um ca. 370 € gekürzt. Mit seiner Klage gegen diese Kürzung begehrt der Kläger die Auszahlung eines höheren Blindengelds, weil er die gesetzliche Regelung betreffend die Reduzierung für verfassungswidrig hält. Diese sei diskriminierend und verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz. Zumindest müsste seines Erachtens eine Anpassung des seit 1998 in der Höhe unveränderten Betrags erfolgen, die sich an dem aktuellen Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung orientiere.

25.10.2023

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 9.30 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 1241/22 und 6 K 1407/22

jeweils N.N. ./ Land Nordrhein-Westfalen

Die Klage richtet sich gegen die vorläufige Untersagungsverfügung betreffend die Errichtung und den Betrieb einer Tankstelle in einem geplanten Wasserschutzgebiet

in Wegberg. Das Grundstück befindet sich in ca. 450 m Nähe zum bestehenden Trinkwasserbrunnen einer Wassergewinnungsanlage. Dort wird Trinkwasser für die Versorgung von 75.000 Menschen entnommen. Für das Gebiet galt bis 2009 eine Wasserschutzgebietsverordnung, danach eine vorläufige Anordnung. Die Klägerinnen sind die Betreiberin der Tankstelle (Verfahren 6 K 1241/22) sowie im weiteren Verfahren die Grundstückseigentümerin (6 K 1407/22).

25.10.2023

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 11.30 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 58/23

N.N. ./.. Stadt Aachen

Der Kläger dieses Verfahrens begehrt von der Stadt Aachen den Erlass einer Nutzungsuntersagungs- und Räumungsverfügung, mit dem Ziel, das ehemalige Karmelitinnenkloster an der Lousbergstraße in Aachen räumen zu lassen. Dieses wird seit August 2021 von einer unbekanntem Anzahl von Personen besetzt. Der Kläger trägt vor, dass ein Verkauf aufgrund dieser Besetzung nur „unter Wert“ möglich sei. Für die Räumung sei er auf das Einschreiten der Stadt Aachen angewiesen, weil es zum einen um den Schutz vor Straftaten (Hausfriedensbruch) gehe und zum anderen ein Vorgehen auf zivilrechtlichem Weg aufgrund der ständig wechselnden Personen nicht effektiv sei.

25.10.2023

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 14.00 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 1639/23

N.N. ./.. Land Nordrhein-Westfalen

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen die angeordnete erkennungsdienstliche Behandlung aufgrund einer Vielzahl von strafrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit Betäubungsmitteldelikten.